

Durch Steuergerechtigkeit Haushalt sanieren

Syriza will Griechenland wieder flottmachen

Griechenland wird vorgeworfen, zu wenig für einen ausgeglichenen Haushalt zu tun – allen voran von der Bundesregierung. Die linke Partei Syriza will das nun ändern. Zu ihren Hauptforderungen anlässlich der Neuwahlen am 25. Januar gehören:

- Erhöhung der Einkommenssteuer für Einkommen über 500.000 Euro auf 75%
- Erhöhung der Steuern großer Unternehmen auf das Niveau europäischen Durchschnitts
- Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen und eine Sondersteuer für Luxusgüter
- Abschaffung von finanziellen Privilegien für Kirche und Schiffbauindustrie
- Bekämpfung aller Bestimmungen des Bankgeheimnisses, die Kapitalflucht ins Ausland begünstigen

Damit können die Troika-diktierten Kürzungsprogramme beendet und weitere Verarmung der Bevölkerung gestoppt werden. Die Mehreinnahmen helfen das Haushaltsdefizite auszugleichen und erlauben notwendige Investitionen in Bildung, Gesundheit, Soziales und Infrastruktur. Das schafft Arbeit und Perspektive für die Menschen.

Warum ist das bisher nicht geschehen? Offensichtlich ist die bisherige griechische Regierung zu stark mit den Reichen und Mächtigen im Land verbandelt.

Warum wird Syriza trotzdem verleumdet? Offensichtlich geht es in Brüssel und Berlin mehr um Abbau von Sozialstaat und um Lohndrückerei als um Perspektiven für die Menschen.

Die griechischen WählerInnen entscheiden am 25. Januar. Wir drücken Syriza die Daumen!

Syriza fordert Schuldenkonferenz

Deutsche Entschuldung 1953 - Vorbild für Griechenland

„Gründliche Untersuchung der öffentlichen Schulden sowie Neuverhandlung der fälligen Zinsen unter Aussetzung von Zahlungen, bis die Wirtschaft wieder belebt ist und Wachstum und Beschäftigung eintritt“

– das ist die Forderung der linken Partei Syriza zu den Neuwahlen in Griechenland am 25. Januar. Kein Wort von Euro-Austritt. Syriza fordert jedoch eine Schuldenkonferenz nach dem Vorbild der Londoner Schuldenkonferenz von 1953:

Dem hochverschuldeten Deutschland wurden 1953 alle seit 1934 aufgelaufenen Zins- und Zinseszinsforderungen erlassen, die Nachkriegsschulden wurden von über 15 Milliarden auf weniger als 7 Milliarden DM reduziert und es wurde eine niedrige und über langen Zeitraum gestreckte Rückzahlungsrate von zuerst weniger als 4 % der Exporterlöse zugestanden. Dieses Schuldenabkommen hat Deutschland den Nachkriegsaufschwung erst ermöglicht.

Ein ähnliches Abkommen für Griechenland 2015 ist nur recht und billig, damit die griechische Volkswirtschaft aus der Abwärtsspirale durch die EU-diktierte Kürzungspolitik herauskommt. Dass die deutsche Bundesregierung dies strikt ablehnt, ist doppelt frech: Denn noch immer stehen deutsche Reparationszahlungen für begangene Verbrechen während der Besatzung im 2. Weltkrieg von geschätzt 160 Milliarden Euro aus.

Griechenland kann niemals alle Schulden zurückzahlen und braucht dringend Erleichterung, um handlungsfähig zu werden. Ein geordneter Teilerlass und ein Ende der destruktiven Kürzungspolitik sind das Vernünftigste. Statt den griechischen Wählern mit Horrorszenerarien zu drohen, sollte Deutschland dafür den Weg frei machen.